

# Landkreis Ravensburg

den 15. Mai. 2017

## Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages  
am 16.03.2017 im Kurhaus am Park, Unterer Grabenweg 18, Isny i. A.

Dauer 14:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

#### Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

#### CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Roland Bürkle,

Herr Rolf Engler,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Wilhelm Heine,

Herr Hans-Jörg Henle,

Herr Dr. Ulrich Höflacher,

Herr Thomas Kellenberger,

Herr Wolfgang Kleiner,

Herr Hans-Jörg Leonhardt,

«sitext» vom «sidat»

Herr Axel Müller,  
Herr Peter Müller,  
Herr Christian Natterer,  
Herr Alois Peter,  
Herr Dr. Daniel Rapp,  
Herr Volker Restle,  
Herr August Schuler,  
Herr Robert Schweizer,  
Herr Daniel Steiner,  
Herr Robert Stütze,  
Herr Roland Weinschenk,  
Herr Waldemar Westermayer, MdB,  
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,  
Herr Jochen Fischinger,  
Herr Roland Haug,  
Herr Hans Peter Künst,  
Herr Michael Lang,  
Herr Holger Lehr,  
Herr Rainer Magenreuter,  
Herr Roland Schmidinger,  
Herr Bernhard Schultes,  
Herr Peter Smigoc,  
Herr Oliver Spieß,  
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,  
Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,  
Herr Gereon Güldenbergl,  
Frau Liv Pfluger,  
Herr Bruno Sing,  
Herr Siegfried Spangenberg,  
Herr Heinz Strubel,  
Herr Roland Zintl,

SPD

Herr Rudolf Bindig,  
Herr Peter Clément,  
Frau Gisela Müller,  
Herr Jürgen Rölli,

ÖDP

Herr Julian Aicher,  
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,  
Herr Max Scharpf,  
Herr Siegfried Scharpf,  
Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,  
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,  
Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon,	Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur u. Bürgerservice
Herr Franz Baur,	Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur
Frau Diana E. Raedler,	Dezernentin Arbeit u. Soziales
Herr Walter Sieger,	Dezernent Kreisentwicklung, Wirtschaft u. ländlicher Raum
Herr Gerd Hägele,	Dezernent Recht, Ordnung u. Land-wirtschaft
Herr Christoph Dreher,	Amtsleiter Personalservice
Herr Peter Hagg,	Amtsleiter Kommunal- u. Prüfungsamt
Herr Franz Hirth,	Amtsleiter Stabsstelle des Landrats
Herr Thomas Riesch,	Amtsleiter Hauptamt
Herr Jörg Urbaniak,	Amtsleiter Jobcenter

Abwesend:

CDU

Herr Elmar Buemann,  
Herr Karl Immler,  
Herr Dieter Krattenmacher,  
Herr Clemens Moll,  
Frau Dr. Silke Rieser,

FWV

Herr Markus Ewald,  
Herr Matthias Grad,  
Herr Dr. Hermann Schad,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Judith Gebhardt,  
Frau Ursula Hilpert,  
Herr Dr. Ulrich Walz,

SPD

Herr Anton Frei,  
Herr Gerhard Lang,  
Herr Rainer Marquart,

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

#### **Angelegenheiten der Finanzverwaltung**

3. 0016/2017  
Gebührensatzung des Landkreises Ravensburg
4. 0025/2017  
OSK: Verlängerung des Betriebsmittelkredits
5. 0229/2016  
Oberschwaben Tourismus GmbH (OTG) - Betrauung mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI)

#### **Angelegenheiten des Amtes für Migration und Integration**

6. 0012/2017  
Unterbringung und Integration von Flüchtlingen

#### **Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gremien**

7. 0028/2017  
Neubesetzung des Betriebsausschusses IKP und des Sozialausschusses

#### **Mitteilungsvorlagen**

8. 0021/2017  
Strategie Bürgerservice
9. 0007/2017  
Einrichtung einer Jobbörse im Jobcenter

10. Mitteilungen und Anfragen

### **Nichtöffentliche Sitzung**

#### **Angelegenheiten des Personalservices**

11. 0015/2017

Beförderungen im Jahr 2017

12. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 02.03.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Er gratuliert KRin Fiegel-Hertrampf zum heutigen Geburtstag.

Außerdem weist er auf die anwesende Presse hin und fragt, ob es Einwendungen gegen die Bild- und Tonaufnahmen gibt. Es werden keine Widersprüche vorgebracht.

Das Grußwort von BM Magenreuter erfolgt zwischen den Tagesordnungspunkten 7 und 8.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Änderung der Tagesordnung**

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

### **2 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zum Protokoll der Sitzung am 14.12.2016 gibt es keine Änderungswünsche.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

## **Angelegenheiten der Finanzverwaltung**

### **3 0016/2017**

#### **Gebührensatzung des Landkreises Ravensburg**

#### **Beschlussentwurf:**

Die Gebührensatzung des Landkreises wird beschlossen.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

4 0025/2017

**OSK: Verlängerung des Betriebsmittelkredits**

**Beschlussentwurf:**

Der Betriebsmittelkredit wird bis zum 31.12.2017 verlängert.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

5 0229/2016

**Oberschwaben Tourismus GmbH (OTG) - Betrauung mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI)**

**Beschlussentwurf:**

Der Landkreis Ravensburg betraut die Oberschwaben Tourismus GmbH (OTG) mit der Durchführung der im beigefügten Betrauungsakt (Anlage 1) näher definierten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) im Bereich der Tourismusförderung und des Regionsmarketings. Der Betrauungsakt für die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT) (Anlage 2) ist integraler Bestandteil des Betrauungsaktes für die OTG. Durch die Betrauung der OTG betrauen die Gesellschafter der OTG damit zugleich auch die IBT.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen (bei 2 Enthaltungen)

### **Angelegenheiten des Amtes für Migration und Integration**

6 0012/2017

## **Unterbringung und Integration von Flüchtlingen**

KR Restle begrüßt die Schwerpunktbildung bei der Unterbringung und auch hinsichtlich der Sozialbetreuung. Auch die Konzeption für die Übergabe der Liegenschaften an die Städte und Gemeinden sei schlüssig. Die vom Kämmerer vorgenommene Haushaltssperre sei auch als politisches Signal in Bezug auf den Abrechnungsmodus des Landes zu verstehen.

KR Engler erinnert an seinen Antrag vom 08.11.2016 (Konzept zur Integration von bleibeberechtigten und geduldeten Flüchtlingen über den sozialen Arbeitsmarkt mit Arbeitsgelegenheiten), den er nach wie vor für außerordentlich wichtig halte. Er erkundigt sich nach dem Sachstand.

KR Magenreuter wünscht Informationen zu den volljährig gewordenen unbegleiteten Flüchtlingen, die keine Mitwirkungsbereitschaft zeigen.

KR Spangenberg hält das Thema Integration für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit auch den Umgang mit dem Thema Abschiebung. Hierbei sollten die Kommunen viel stärker beteiligt werden. Außerdem bittet er den Kreiskämmerer um ein Statement zur Haushaltssperre und um Mitteilung, ob auch in anderen Landkreisen zu diesem Instrument gegriffen wurde.

KR Clement möchte das Thema Abschiebung mit äußerster Sensibilität behandelt wissen. Geordnete und friedliche Sozialsysteme seien mit Blick auf die Menschenrechte und die Humanität unerlässlich.

Frau Meschenmoser erläutert die Integrationsmaßnahmen und berichtet von dem regelmäßigen Austausch mit der Agentur für Arbeit. In Zusammenhang mit den volljährig gewordenen UMAs stoße die Verwaltung leider an die Grenzen der Steuerungsmöglichkeiten und könne oft nur Überzeugungsarbeit leisten, Maßnahmen der Jugendhilfe in Anspruch zu nehmen.

Der Vorsitzende informiert über die Regelungen des derzeit geltenden Einwanderungsrechtes. Natürlich könne die Frage, ob das Einwanderungsgesetz in dieser Form richtig ist, etwa im Rahmen des Bundestagswahlkampfes, diskutiert werden. In Zusammenhang mit dem Abrechnungsmodus gebe es Neuigkeiten. Dazu verliest der Vorsitzende eine Äußerung des Pressesprechers des Innenministeriums.

Herr Baur blickt auf die Entwicklung der verschiedenen Abrechnungsverfahren zurück. Angesichts der klaren Aussage des Innenministers könne die von ihm verhängte Haushaltssperre wieder aufgehoben werden.

KR Spieß hätte es hilfreich gefunden, wenn die Verwaltung die Kreisräte vorab über die Haushaltssperre informiert hätte. Vom Land erwarte er nicht nur allgemeine Ankündigungen, sondern konkrete Daten und Fakten, auch bezüglich der Anschlussunterbringung.

KR Sing kritisiert den fehlenden Sachvortrag zu Beginn des Tagesordnungspunktes, auch um die Zuhörer und die Presse auf den gleichen Informationsstand zu bringen.

KR S. Scharpf vermisst beim Thema Abschiebung eine wohlwollende und wertschätzende (Mit-)Menschlichkeit und appelliert an den Ermessungsspielraum bei der Auslegung geltender Gesetze.

KR Dr. Rapp zeigt sich sehr erleichtert über die Zusage des Landes. Im Wissen um die Sicherheit, dass der Landkreis für sein Engagement bei der Flüchtlingsunterbringung nicht auch noch „bestraft“ werde, könne nun endlich eine gewisse Entspannung eintreten. Beim Umgang mit den Nebenkosten hoffe er auf eine genauso gerechte Lösung. Den Kommunen solle eine Orientierung an den Eckkosten zugesichert werden. Wegen der stetigen Fluktuation und den wechselnden Zuständigkeiten sei eine hundertprozentige Belegung der Unterkünfte unrealistisch. Es müsse eher von 80 % ausgegangen werden. Leerstehende Unterkünfte und Container sollten nun sinnvoll belegt werden.

KR Bindig nimmt Bezug auf die Ausführungen des Vorsitzenden zum Einwanderungsgesetz und verweist auf Bereiche, in denen abweichend von der Gesetzeslage ein anderes Vorgehen praktiziert wurde, z.B.

- Barrierefreie Bushaltestellen
- Einführung Biomüll
- Umsetzung des Tariftreuegesetzes

Entweder müsse das Gesetz strikt und überall umgesetzt werden oder aber eine gewisse Flexibilität müsse auch im Flüchtlingsbereich gezeigt werden. Im Übrigen stehe über allen Gesetzen der Artikel des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

KRin Fiegel-Hertrampf bemängelt ebenfalls die fehlende Einführung zu Beginn des Tagesordnungspunktes. Grundsätzlich würde sie die Abschaffung der verschiedenen Zuständigkeiten bei der Erst- und der Anschlussunterbringung begrüßen und diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe an einer Stelle bündeln. Sie regt an, die Sprachkurse halbtägig anzubieten, um nebenher auch ein Arbeitsverhältnis zu ermöglichen.

KR Smigoc ist zuversichtlich, auch für die Anschlussunterbringung verträgliche und pragmatische Lösungen zu finden.

KR M. Lang rät grundsätzlich zu einführenden Sachvorträgen bei solch komplexen Themen. In Zusammenhang mit der Haushaltssperre betont er, dass diese auf jeden Fall mit den Kreisräten hätte kommuniziert werden sollen. Ohne Information könne der Kreistag nicht über die Berechtigung der Sperre befinden.

Herr Baur teilt mit, dass die Haushaltsüberwachung in seinem Aufgabenbereich liege. Es sei seine Pflicht, bei einem festgestellten Ungleichgewicht eine Haushaltssperre zu verhängen. Der Kreistag entscheide im Nachgang über eine ggf. notwendige Nachtragshaushaltssatzung. Nach der aktuellen Entwicklung sehe er allerdings keine Notwendigkeit mehr, die Sperre aufrecht zu halten. Bezugnehmend auf die Äußerungen von KR Dr. Rapp beschreibt er die Rahmenbedingungen für die Spitzabrechnung des Landes und die nach wie vor erforderliche Abgrenzung von Erst- und Anschlussunterbringung. Die Nebenkosten gehörten zur Anschlussunterbringung und müssten im Einzelnen in bilateralen Gesprächen geklärt werden.

#### **Beschlussentwurf:**

Der dargestellten Strategie für die vorläufige Unterbringung, für die Anschlussunterbringung und die Unterbringung von volljährig gewordenen ehemaligen unbegleiteten minderjährigen Ausländern wird zugestimmt.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

#### **Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gremien**

7 0028/2017

## **Neubesetzung des Betriebsausschusses IKP und des Sozialausschusses**

Der Vorsitzende verweist auf die anstehende Wahl und fragt, ob es Widerspruch gegen eine offene Wahl gibt. Dies ist nicht der Fall.

### **Beschlussentwurf:**

- 1) Die Besetzung der beschließenden Ausschüsse des Kreistags des Landkreises Ravensburg ist en bloc zu regeln.
- 2) Die Besetzung des Verwaltungsausschusses, des Kultur- und Schulausschusses, des Ausschusses für Umwelt und Technik und des Jugendhilfeausschusses wird unverändert beibehalten.
- 3) Kreisrätin Stierle übernimmt im Sozialausschuss den Sitz von Kreisrat Michael Lang als ordentliches Mitglied.
- 4) Kreisrat Michael Lang übernimmt im Betriebsausschuss IKP den Sitz von Kreisrätin Stierle als ordentliches Mitglied.
- 5) Kreisrat Lehr übernimmt im Betriebsausschuss IKP die persönliche Stellvertretung von Kreisrat Michael Lang sowie im selben Ausschuss die Stellvertretung nach Reihenfolge für die FWV-Fraktion.
- 6) Kreisrat Michael Lang übernimmt im Sozialausschuss die Stellvertretung von Kreisrätin Stierle sowie im selben Ausschuss die Stellvertretung nach Reihenfolge für die FWV-Fraktion.

**Beratungsergebnis:** einstimmig gewählt

### **Mitteilungsvorlagen**

8 0021/2017

#### **Strategie Bürgerservice**

Der Vorsitzende verweist auf die beiden als Tischvorlage ausgeteilten Anträge der SPD-Fraktion:

- Anlage 1 zur Vorlage 0021/2017 (Ergänzung der KT-Einladungen um ÖPNV-Haltestelle und Stromtankstelle)
- Anlage 2 zur Vorlage 0021/2017 (Stromtankstellen beim LRA)

Herr Simon stellt die Strategie Bürgerservice mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Bindig erklärt seine Anträge und bittet bei Anlage 1 um getrennte Abstimmung über die Nr. 1 und 2.

KRin Pfluger führt aus, dass die Modernisierung in die richtige Richtung gehe. Einzelne Punkte müssten allerdings noch näher betrachtet werden. So sei beispielsweise die Mitnahme der Mitarbeiter äußerst wichtig. Auch der soziale Bürgerservice benötige einen differenzierten Blick.

KRin Dr. Brehm greift das Thema E-Government auf und macht auf die Verantwortung aufmerksam, die Voraussetzungen für den Gebrauch digitaler Mittel auch im ländlichen Raum zu schaffen.

Herr Simon beschreibt die Einbeziehung der Mitarbeiter mittels

- Information
- Aufforderung zur Rückmeldung
- externe begleitete Workshops für Betroffene

KR A. Müller stellt eine teilweise noch fehlende Akzeptanz des E-Government bei der Bevölkerung fest. Dies sei im Ausland anders; eine Ursachenforschung hierzu wäre interessant.

Der Vorsitzende fragt, ob die Anträge der SPD-Fraktion mittels Antrag zur Geschäftsordnung in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses verwiesen werden soll (dann mit Verwaltungsvorlage) oder ob bereits heute eine Abstimmung in der Sache erfolgen solle.

**Antrag zur Geschäftsordnung von KR Restle:**

Beide Anträge werden zur weiteren Bearbeitung in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses verwiesen.

**Beratungsergebnis:** bei 7 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen

**Beratungsergebnis Vorlage 0021/2017:** zur Kenntnis genommen

9 0007/2017

### **Einrichtung einer Jobbörse im Jobcenter**

Herr Urbaniak stellt die Jobbörse mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Engler zeigt sich beeindruckt von diesem hervorragenden Angebot. Dieser „Leuchtturm im Rahmen der Stellenvermittlung“ sei hilfreich für alle Beteiligten: für die Arbeitssuchenden, die Firmen und Kommunen.

Frau Raedler und Herr Urbaniak beantworten die Detailfragen der KRe Engler und Pfluger zu den Themenbereichen Datenpflege, Kosten, Arbeitsgelegenheiten und Halbtagesstrukturen.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

### 10 **Mitteilungen und Anfragen**

#### Baumfällarbeiten am Rösslerweiher

KR Bindig verweist auf seine schriftliche Anfrage an die Verwaltung.

Herr Sieger beantwortet die Fragen.

#### Anmerkung der Schriftführung:

*Die Anfrage sowie die Beantwortung durch die Verwaltung sind in session als Anlage 1 und 2 zu diesem TOP hinterlegt.*

KR Bindig dankt für die aufrichtige Beantwortung und hofft auf ein sensibleres Vorgehen in der Zukunft. Angesichts der Stellungnahme der Verwaltung werde er von einer Fachaufsichtsbeschwerde absehen.

KR Aicher berichtet von vergleichbaren privaten Fällen. Er befürchtet eine Ungleichbehandlung von privaten und öffentlichen Unternehmen.

KR Zintl hält die Personalunion von Förster und Naturschutzbeauftragten für problematisch. Solche Konstellationen sollten seiner Meinung nach vermieden werden. Die fehlende Bauleitung bzw. Überwachung von Privatfirmen wirke sich oft fatal aus.

Herr Sieger stellt die objektive Amtswahrnehmung aller Naturschutzbeauftragten heraus. Fremdfirmen werde man bei sensiblen Arbeiten künftig immer begleiten; diese Lehre habe die Verwaltung aus den bedauerlichen Vorgängen beim Rösslerweiher gezogen.

#### Windkraftanlage auf dem Beurener Berg, Isny

KR Clement erkundigt sich nach dem Verfahrensstand.

Herr Sieger teilt mit, dass das Verfahren noch nicht eröffnet sei. Nach wie vor seien Fragen des Artenschutzes (insbesondere bzgl. des Rotmilans) und der Erschließung noch nicht abschließend beantwortet. Eine Prognose, wann eine Erörterungsverhandlung stattfinden wird, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

**Kreistag am 16.03.2017:**

**Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Angelegenheiten des Personalservices**

11. 0015/2017

**Beförderungen im Jahr 2017**

*Nichtöffentliche Daten, die nicht bekanntgegeben werden*

**Beratungsergebnis:** mehrheitlich gewählt

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Rolf Engler

Oliver Spieß